

## Dienstag, 6. Dezember 2016

### Vormittag

Vorsitz: Standespräsident Michael Pfäffli  
 Protokollführer: Patrick Barandun  
 Präsenz: anwesend 117 Mitglieder  
 entschuldigt: Danuser, Felix (Haldenstein), Kollegger  
 Sitzungsbeginn: 8.15 Uhr

---

#### 1. Kandidatur für die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2026 (Botschaften Heft Nr. 9/2016-2017, S. 559) (Fortsetzung)

Präsident der Kommission  
 für Wirtschaft und Abgaben: Engler  
 Regierungsvertreter: Parolini

#### III. Detailberatung

#### 2. für die Kandidatur um die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2026 einen Verpflichtungskredit von brutto 25 Millionen Franken zu genehmigen;

a) *Antrag Kommissionsmehrheit* (8 Stimmen: Engler [Kommissionspräsident], Caduff, Cavegn, Davaz, Stiffler [Davos Platz], Stiffler [Chur], Tomaschett [Breil], Wieland; Sprecher: Engler [Kommissionspräsident]) *und Regierung*  
 Gemäss Botschaft

b) *Antrag Kommissionsminderheit* (1 Stimme: Peyer)

Antrag ändern wie folgt:

für die Kandidatur um die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2026 einen Verpflichtungskredit von **netto 4,5** Millionen Franken zu genehmigen;

#### *Abstimmung*

Der Grosse Rat folgt dem Antrag der Kommissionsmehrheit und Regierung mit 96 zu 17 Stimmen bei 1 Enthaltung.

#### *Schlussabstimmung*

2. Der Grosse Rat genehmigt mit 97 zu 17 Stimmen bei 1 Enthaltung für die Kandidatur um die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2026 einen Verpflichtungskredit von brutto 25 Millionen Franken;
3. Der Grosse Rat schreibt den Auftrag Cavegn betreffend Unterstützung einer Kandidatur für die Olympischen Winterspiele 2026 vom 28. August 2015 mit 113 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab.
4. Ziffer 2 dieses Beschlusses unterliegt der Volksabstimmung (obligatorisches Finanzreferendum). Der Grosse Rat stimmt diesem Antrag mit 116 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen zu.

#### 2. Jahresprogramm 2017 und Budget 2017 (Budget-Botschaft 2017)

##### I. Jahresprogramm 2017 (Budget-Botschaft 2017, S. 19 ff.)

Sprecher der Kommission  
 für Staatspolitik und Strategie: Michael (Castasegna)  
 Regierungsvertreter: Rathgeb, Janom Steiner, Cavigelli, Parolini, Jäger

*I. Eintreten*

*Antrag Kommission und Regierung*  
Eintreten

*Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.*

*II. Detailberatung*

*Antrag Kommission und Regierung*  
Vom Jahresprogramm 2017 der Regierung wird Kenntnis genommen.

Schluss der Sitzung: 12.00 Uhr

Es ist folgender Vorstoss eingegangen:

**Kommissionsauftrag KJS betreffend Organisation des Kantons- und Verwaltungsgerichts**

Bei der letzten Justizreform (Botschaften Heft Nr. 6/2006-2007, S. 457) wurde auf einen Antrag auf Zusammenlegung des Kantons- und Verwaltungsgerichts zu einem Obergericht an einem Standort verzichtet, da aus politischen Überlegungen nicht die ganze Justizreform gefährdet werden sollte (siehe dazu die Seiten 489 und 490 der Botschaft).

Ein Ziel der letzten Justizreform war u.a. eine Entflechtung der Richterwahlen und der Politik, da die parteipolitische Ausrichtung der Richterwahlen grundsätzlich kritisiert wurde (siehe dazu die Seiten 490 und 491 der Botschaft).

Das Ziel einer Entpolitisierung der Richterwahlen wurde mit der letzten Justizreform nicht erreicht. Die seither gemachten Erfahrungen belegen das Gegenteil.

Die KJS kommt deshalb zum Schluss, dass die Organisation des Bündner Justizsystems – bezogen auf die obere Gerichtsbarkeit – einer grundsätzlichen Überprüfung bedarf. Sie beauftragt deshalb die Regierung, dem Grossen Rat einen Bericht zu unterbreiten, welcher zumindest die nachfolgenden Punkte und Fragen aufnimmt, beantwortet und Lösungsvorschläge unterbreitet (inkl. Aufzeigen eines allfälligen gesetzlichen Handlungsbedarfs):

1. Darlegung der Vor- und Nachteile einer Zusammenlegung des Kantons- und Verwaltungsgerichts zu einem kantonalen Obergericht mit Kammersystem.
2. Wahlsystem der Richterinnen und Richter am Kantons- und Verwaltungsgericht
  - Rechtsvergleich des Wahlsystems mit anderen Kantonen und dem Bund;
  - Präsentation alternativer Wahlverfahren und Wahlgremien;
  - Darlegung von Möglichkeiten und Vorschlägen zur Entpolitisierung der Richterwahlen (namentlich durch Gewichtung der fachlichen und persönlichen Eigenschaften, der Sprache und Parteizugehörigkeit);
  - Entflechtung/Abgrenzung der Kompetenzen zwischen der KJS und der Präsidentenkonferenz.
  - Können die Schwächen des jetzigen Wahlsystems auch ohne gesetzgeberisches Aktivwerden behoben und, wo angezeigt, geregelt werden?
3. Ist die geltende Amtsdauer der Richterpersonen von 4 Jahren sinnvoll und angemessen? Alternative Amtsdauer?
4. Neuregelung der Aufsicht über das Kantons- und Verwaltungsgericht respektive ein kantonales Obergericht?
5. Erledigung des Kommissionsauftrages der KJS betreffend Geschäftsverkehr zwischen kantonalen Gerichten, Regierung und Grosse Rat (Dezemberprotokoll 2015, S. 447, 541) mit dem vorliegend beantragten Bericht.

**Cramer**, Danuser, Della Vedova, Dosch, Kollegger, Komminoth-Elmer, Perl, Salis, Steck-Rauch, Steiger

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Standespräsident: Michael Pfäffli

Der Protokollführer: Patrick Barandun